Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Online
Nr. 320
26. Juni 24
34. Jahrg.

Die Linke
Barnim

Hilfe für Bauern

Vererben, ohne dass Höfe geteilt werden müssen: Ein Antrag der LINKEN im Landtag in der letzten Woche wurde beschlossen und schafft Rechtssicherheit.

Die Höfeordnung gibt es in Brandenburg seit 2019. Sie sorgt dafür, dass Bauernhöfe im Familienbetrieb leichter an Hofnachfolgerinnen und Hofnachfolger weitergegeben werden können, indem der Abfindungsbetrag für andere Erbberechtigte niedrig gehalten wird. Dadurch wird vermieden, dass Höfe verkauft werden müssen, um das Erbe beispielsweise auf alle Geschwister aufzuteilen. Die Höfeordnung musste dringend novelliert werden, weil mit der Grundsteuerreform die bisherige Bewertungsgrundlage für die Höfe wegfiel. Obwohl der Landtag frühzeitig den Auftrag für die Novellierung erteilte, bekamen es Landesregierung und Koalitionsfraktionen nicht auf die Reihe, rechtzeitig einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Da sprang DIE LINKE ein, auf der Grundlage eines von den Landwirtschaftsverbänden vorgelegten Gesetzentwurfs. Der wurde mit einigen Änderungen nun in der Landtagssitzung in der letzten Woche beschlossen.

Aus Sicht der Linksfraktion muss es nun eine Informationskampagne geben, mit der die Familienbetriebe über die neuen Regelungen informiert werden – denn seit diesem Jahr fällt jeder Bauernhof, der die Voraussetzungen erfüllt, automatisch unter die Erbregelungen der Höfeordnung. Eine solche Informationskampagne lehnten die Koalitionsfraktionen aus CDU, SPD und Grünen mit ihrer Mehrheit aber leider ab.

Thomas Domres,
Landtagsabgeordneter der
LINKEN in Brandenburg



Grundsteuerreform: Landesregierung schaffte es nicht, bäuerlichen Hoferben zeitnah zu helfen.
Dank eines Antrages der LINKEN gibt es nun Rechtssicherheit.
Familienbetriebe müssen informiert werden!

Bundesmilliarde für Software-Lizenzen!

Wie Lindner zuerst auf meine Anfrage antwortete:

Ressort	(Frage 1) in € 2023	(Frage 2, Teil 1) in € 2023	(Frage 2, Teil 2) in € 2023	(Frage 2, Teil 3) in € 2023	(Frage 3) in € 2023
BMG	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
AA	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMAS	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMBF	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMEL	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMF	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMFSFJ	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMJ	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMJV	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMVg	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMWK	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMWSB	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMZ	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMI	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
BMDV	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]
Summe:	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]

Was er nach meinem Protest zugeben musste:

Behörden-IT

Ministerien geben mehr als eine Milliarde Euro für Software aus

@bundestagsperli

Ministerien geben erstmals mehr als eine Milliarde Euro für Software aus! Die Ampelkoalition bekommt die explodierenden Kosten nicht in den Griff!

Es muss alle Verantwortlichen alarmieren, dass der Bund innerhalb eines Jahres über eine Milliarde Euro für Software-Lizenzen ausgegeben hat. Die erneute Steigerung um 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahr belegt die eklatante Fehlsteuerung in der Bundesverwaltung. Der Bundeshaushalt ist zu einer Gelddruckmaschine für Software-Konzerne geworden. Nachdem insbesondere Microsoft in den letzten Jahren Kostentreiber war und seine Monopolstellung und das IT-Chaos beim Bund schamlos ausnutzen konnte, haben jetzt andere Unternehmen nachgezogen.

Trotz der Ankündigung im Koalitionsvertrag hat die Ampel immer noch kein System für das Management teurer IT-Lizenzen eingeführt. Es ist gut, dass sich nun der Bundesrechnungshof einschaltet, um den Druck zu erhöhen.

Deutschland und Europa müssen sich unabhängiger von Big-Tech-Konzernen machen, sonst drohen weitere Preisschocks und Datenmissbrauch. Bei der geplanten Verwaltungscloud muss die Bundesregierung Alternativen vorhalten, um von vornherein zu verhindern, dass die Beteiligung von Microsoft wieder zu horrenden Kosten führt.

Viktor Perli
Bundestagsabgeordneter
der LINKEN

nächste Online-Ausgabe am 30. Juni

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.